

***Konsequent sozial***

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Hamm

Kommunalwahlprogramm 2014

## **Für eine starke linke Opposition in Hamm**

Seit 2009 gibt es zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten wieder eine linke Alternative im Hammer Stadtrat. Seitdem geht es auch im Hammer Parlament wieder transparenter und vor allem kritischer zu.

VertreterInnen der Linken im Rat der Stadt Hamm haben dafür gesorgt, dass dort Alternativen in die Diskussion kommen.

Links sein heißt für uns: gemeinsame Überzeugungen haben, die nicht nur die kommunalen Verhältnisse betreffen:

- Unsere Anstrengungen sind in erster Linie auf soziale Gerechtigkeit und Solidarität gerichtet.
- Wir wollen den Einfluss und die Interessen der „Wirtschaftsmächtigen“ zurückdrängen.
- Gleiche Chancen für Frauen sind nicht mit weiblichen Sitzen in Aufsichtsräten erreicht; wir nehmen die Interessen und Wünsche der beschäftigten und arbeitslosen Frauen, der Rentnerinnen und alleinerziehenden Frauen in den Blick.
- Die Rechte von Menschen mit Behinderungen dürfen nicht nur in den UNO-Richtlinien zu lesen sein. Die große Aufgabe der „Inklusion“ muss in allen Bereichen der Politik stets mitbedacht werden.
- Minderheiten oder „Fremden“ stehen wir zur Seite.
- Schutz der Umwelt und Natur muss alle politischen Bereiche durchziehen.
- Wir treten einem Deutschland als Militär- und Überwachungsstaat entgegen.
- Nur finanziell gut ausgestattete Städte und Gemeinden können für die Menschen tätig werden. Wir sagen deutlich: Mit uns sind Privatisierungen nicht zu machen!

Links sein heißt für uns nicht: nur bei der Wahl und nur in kommunalen Parlamenten tätig zu werden. Mitglieder der Linken engagieren sich darüber hinaus in vielfältigen Bürgerinitiativen, zum Beispiel gegen „Fracking“, gegen die „Hartz“- Gesetze, gegen alte und neue Nazis, in Fraueninitiativen, in kulturellen Gruppen, in Gewerkschaften, Betriebsräten und Mitarbeitervertretungen.

Die Partei DIE LINKE in Hamm ist keine Partei, die „alles kann“ und „alles allein tun will“. Sie braucht „Anreger“ und „Kritiker“. Sie will den bürgerschaftlichen Dialog für Alternativen zur herkömmlichen Politik fördern. Dabei greift sie Ideen und Forderungen von Bürgerinnen und Bürgern, von Gewerkschaften, Verbänden und Bürgerinitiativen auf.

Mit ihrem Programm zu Kommunalwahl stellt die Partei DIE LINKE in Hamm ihre Vorstellungen und Ziele für die nächste Wahlperiode vor. Wir sind nicht bereit, die Folgen der falschen Steuerpolitik in Hamm umzusetzen. Wir unterstützen den Widerstand gegen Kürzungen, „Spar- und Umsteuerungsmaßnahmen“.



Marion Josten  
Oberbürgermeisterkandidatin  
DIE LINKE Kreisverband Hamm

## **1. Für eine soziale Stadt Hamm**

In Hamm erleben wir eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik unter dem Motto: „Jede Arbeit ist besser als keine“. Hierfür werden auch Billig- und Dumpinglöhne in Kauf genommen. Das aber bedeutet, dass tausende arbeitende Menschen weiterhin auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Das ist für die betroffenen Menschen und ihre Familien beschämend und entwürdigend. Wir setzen uns für existenzsichernde Tarif- und Mindestlöhne ein. Arbeit muss auskömmlich und sinnvoll sein.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Dort, wo niedrige Löhne bekannt werden, müssen sie skandalisiert werden. Wir ziehen uns nicht zurück auf den einfachen Standpunkt: „Das müssen Gewerkschaften und Arbeitgeber selber regeln“. Das gilt für Firmen, in denen es keine Betriebsräte gibt.
- Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik muss sich an den Interessen der Beschäftigten orientieren.
- Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die Tarif- oder wenigstens Mindestlöhne zahlen. Zeitarbeitsfirmen sind außen vor zu lassen.
- Da es in allen Bereichen der Verwaltung der Stadt an Personal fehlt, setzen wir uns für die Aufstockung der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein.
- Die Bereitstellung von mehr Ausbildungsplätzen und die Übernahme der Auszubildenden bei der Stadt und den kommunalen Betrieben.
- Das Jobcenter muss die Löhne der aufstockenden Hartz IV Bezieher stärker auf Lohndumping kontrollieren. Dort, wo ausbeuterische Löhne gezahlt werden, hat das Jobcenter die betreffenden Firmen zu beklagen und sich die gezahlten Sozialgelder von ihnen erstatten zu lassen.

Ein großer Teil der Hammer Bevölkerung lebt mit finanziellen Sorgen. Die Zahl der Hartz IV BezieherInnen bewegt sich ständig um 20.000. Die Anzahl der armen Rentnerinnen und Rentner wird größer. Die Hammer Tafel, Sozialkaufhäuser, Armenküchen und Kleiderkammern versorgen immer mehr Menschen in Hamm mit notwendigen Gütern zum Leben.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Den Erhalt und Ausbau der sozialen Beratungsstrukturen in Hamm.
- Sanktionsfreie Leistungen und eine menschenwürdige Leistungspraxis.
- Die regelmäßige Erstellung eines Armutsberichtes für die Stadt Hamm.
- Die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für bedürftige Haushalte.

## **2. Für eine nachhaltige Förderung von Kinder- und Jugendlichen-Bildung für alle**

Fast jedes vierte Kind in Hamm wird in Armut groß. Es gibt zu wenige attraktive Spielplätze und Schwimmbäder in unserer Stadt. Eine Ausnahme bildet der Spielplatz im Maxipark. Solche Spiel- und „Tummelplätze“ müssen auch in den Hammer Bezirken möglich sein.

Für eine große Anzahl Jugendlicher stehen nicht genügend Ausbildungsplätze bereit. Für viele von ihnen ist das junge Leben überschattet von Erfahrungen der Ausgrenzung. Bildung und Teilhabe wird ihnen verwehrt.

Wir setzen uns deshalb für folgende Ziele ein:

- Gesundes und kostenfreies Mittagessen in allen Hammer Schulen.
- Gebührenfreie Betreuung aller Kinder in den Hammer KITAS ab dem ersten Lebensjahr.
- Eine Aufstockung der Mitarbeiterzahl beim städtischen Jugendamt.
- Für wohnortnahe Grundschulen.
- Eine gute und zeitgemäße Ausstattung aller Schulen sowie eine naturnahe Umgestaltung der Schulhöfe.
- Die Anstellung von Sozialarbeitern an allen Hammer Schulen.
- Die Errichtung neuer Gesamtschulen in Hamm.
- Einen Hausmeister für jede Schule.
- Den Ausbau und die Erhöhung der Attraktivität von Spielplätzen.
- Die Verbesserung des Schwimmangebots für Kinder und Jugendliche.
- Wege zur mehr Mitbestimmung von Anregungen, Wünschen und Forderungen von Kindern und Jugendlichen.
- Die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für die Betriebe, die nicht ausbilden.

Wir lehnen weiterhin private (Fach-) Hochschulen ab. Konzerne haben im Bildungsbereich nichts zu suchen. Dagegen begrüßen wir die Ansiedlung von staatlichen (Fach-) Hochschulen in unserer Stadt. Studentinnen und Studenten bereichern das Leben auch in Hamm. Gleichzeitig erfordert dies, die Infrastruktur voranzutreiben. Hier ist besonders darauf zu achten, dass genügend preiswerter Wohnraum für alle zur Verfügung steht.

### **3. Für den Schutz von Umwelt und Natur - eine sanfte und soziale Verkehrspolitik**

Lärm und Abgase machen den Menschen in Hamm in vielen Gebieten zu schaffen. Die Hammer Bäume sind immer noch ungenügend geschützt. Weiterhin droht ein „Fracking“ in Hamm und werden Atommülltransporte ohne Information der Bevölkerung durch unsere Stadt geführt. Zu kritisieren bleibt weiterhin eine Ansiedlungspolitik, die wichtige ökologische Gesichtspunkte vernachlässigt.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Eine Ansiedlungspolitik, die mit dem Schutz der Umwelt und der Natur in Einklang zu bringen ist.
- Saubere Luft durch weniger Autoverkehr.
- Die Verringerung des Schwerlastverkehrs auf unseren Straßen – mehr Transport auf den Schienenverkehr und die Wasserwege legen.
- Erhalt und Ausbau von Fahrradwegen und Fußgängerflächen.
- Eine Baumschutzsatzung, die diesen Namen verdient.
- Ein Verbot von „Fracking“.
- Einen Ausbau der Windkraft außerhalb von Siedlungsgebieten.
- Mehr Nutzung der Sonnenenergie.
- Eine städtische Unterstützung für Energieeinsparung auch bei privaten Haushalten.
- Verzicht von Atommülltransporten durch das Stadtgebiet.
- Den Verzicht einer Neuauflage des Lippesees;  
wir sagen: Lippeauen statt Lippesee.
- Die Erstellung eines Umweltberichtes für die Stadt Hamm.

Tiere sind Mitgeschöpfe. Ihre Achtung und ihr Schutz muss auch in der Kommunalpolitik gewährleistet sein. Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete sowie Bannwaldbereiche unterstehen einem besonderen Schutz. Hier leben oftmals seltene Tier- und Pflanzenarten. Diese Gebiete geraten in Hamm stetig unter Druck durch Bebauung und Freizeitnutzung. Wir sehen uns als Anwalt von Mensch, Flora und Fauna und wollen die ökologischen Flächen schützen und bewahren. Wir wollen prüfen, ob im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und der kommunalen Zuständigkeit eine Pflicht eingeführt werden kann, Katzen mit Freilauf und frei lebende Katzen kastrieren zu lassen.

Für die über 10.000 in Hamm lebenden Hunde fordern wir weitere gesicherte Auslaufflächen und eine sozial gerechte Staffelung der Hundesteuer. Gerade für alleinstehende ältere Menschen erfüllen Hunde eine wichtige soziale Funktion.

Busfahren ist in Hamm zu teuer und zu unattraktiv. Die Preisgestaltung, die Verbindungen der Buslinien und damit der Stadtbezirke untereinander sowie die Abfahrtszeiten müssen neu gestaltet werden. In vielen Städten Deutschlands und Europas gibt es breite Bürgerforen und kommunale Anstrengungen, den Personennahverkehr anders zu strukturieren, bis hin zu umlagefinanzierten Projekten oder gar kostenloser Nutzung. Wir wollen diese Erfahrungen mit einbeziehen und – wenn immer möglich – von ihnen lernen.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Ein Busticket in Höhe von aktuell monatlich 15 € für einkommensschwache Haushalte.
- Kürzere Taktzeiten und bessere Verbindungen zwischen den Stadtteilen.
- Die stärkere Berücksichtigung der ländlich abgelegenen Gebiete.

#### **4. Integration sichert die Zukunft der Stadt**

Hamm besitzt eine große kulturelle Vielfalt und Tradition. Fast dreißig Prozent aller Hammer Menschen haben ihre Wurzeln im Ausland. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir ihnen rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichen.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Den Begriff „Willkommenskultur“ in unserer Stadt mit Leben zu füllen.
- Ein „Haus der Kulturen der Welt“ zu errichten.
- Ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen ab 16 Jahren, die in Hamm leben.
- Eine Stärkung der Selbstorganisationen.
- Eine interkulturelle Öffnung in allen Verwaltungen.
- Die Förderung von integrativen Betrieben.

Flüchtlinge haben Krieg, Verfolgung und Folter erlebt. Wir möchten, dass sie in unserer Stadt eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung erfahren. Sammelunterkünfte und Container lehnen wir ab. Wir setzen uns stattdessen für dezentrale Wohnmöglichkeiten in allen Hammer Stadtbezirken ein. Ausgrenzung und Angriffen auf Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen. Wir befürworten die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben aller Menschen in Hamm.

## **5. Kultur und Sport machen eine Stadt lebenswert**

Eine große Anzahl Hammer Bürgerinnen und Bürger – auch Kinder und Jugendliche – treiben Sport oder engagieren sich in kulturellen Vereinigungen. Klagen über den Zustand der Sportstätten nehmen zu. Wir wollen, dass in Zusammenarbeit mit den Vereinen Lösungen gefunden werden, die Erhalt und Instandsetzung der Sportstätten garantieren. Das gilt auch für „Bolzplätze“.

Die beiden verbliebenen Hammer Freibäder sind für eine Großstadt wie Hamm eindeutig zu wenig. Sie liegen am Stadtrand und sind für viele Menschen nur durch eine lange An- und Rückfahrt zu erreichen. Wir setzen uns für die Schaffung eines dritten Hammer Freibades ein. Freie Kulturinitiativen wie z. B. die Kulturwerkstatt Oberonstrasse, Kulturrevier Radbod sowie das Heliotheater bieten wichtige und unverzichtbare Angebote. Dies wollen wir erhalten und ausbauen.

Die Ausleihmöglichkeit der Stadtbücherei sollte in allen Hammer Bezirken vorgehalten werden. Eine Schließung in Stadtbezirken lehnen wir ab.

Viele Menschen können aus finanziellen Gründen nicht an den von ihnen gewünschten Veranstaltungen teilnehmen. Wir setzen uns deshalb für ein Sozial- und Kulturticket (Eintritt und Busfahrt) für einkommensschwache Haushalte ein.

Oft kommt es vor, dass kulturelle Veranstaltungen nicht ausverkauft sind. In diesem Falle sollten die Restkarten an bedürftige Personen weitergegeben werden.



## **6. Frieden – auch eine kommunale Aufgabe**

Der Frieden ist der Ernstfall. Auch auf kommunaler Ebene gilt es, aus der Geschichte zu lernen und Beiträge zu liefern für ein friedliches Miteinander der Völker.

Wir lehnen die Werbung der Bundeswehr in staatlichen Einrichtungen wie Schulen und der Agentur für Arbeit sowie öffentliche Gelöbnisse ab.

In Hamm befinden sich viele Denkmäler, auch aus der Zeit der von unserem Land ausgegangenen Kriege. Wir sind keine Denkmalstürmer, auch nicht bei Kriegerdenkmälern. Wir regen jedoch an, alle Denkmäler mit Hinweistafeln zu versehen, die den geschichtlichen Hintergrund beleuchten und darauf aufmerksam machen, dass Krieg immer ein Verbrechen ist.

Weiterhin regen wir an, eine Straße oder einen Platz in Hamm nach Nelson Mandela zu benennen.

In der Vergangenheit kam es immer wieder vor, dass alte und neue Nazis versuchten, Hamm zu einer Hochburg ihres Treibens zu machen. Dem haben sich von Anfang an viele Hammer entgegengestellt. Dies muss auch in Zukunft so bleiben, denn „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch (B. Brecht)“. Wir treten für ein Verbot von Nazi-Organisationen und deren Aufmärschen ein und für finanzielle und politische Unterstützung von Initiativen, die dagegen antreten. Die politische Aufklärungsarbeit in Schulen muss stärker unterstützt werden.

## **7. Frauenförderung ist mehr als Sitze in Aufsichtsräten**

Dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind – wie im Grundgesetz vorgeschrieben - davon sind wir auch in Hamm noch weit entfernt. Frauen verdienen im Durchschnitt ein Viertel weniger als Männer. Im Rentenalter erleben sie dann Altersarmut. Außerdem sind Frauen in politischen Mitbestimmungsorganen weiterhin unterrepräsentiert. Sie tragen immer noch die Hauptlast der Kindererziehung.

Wir treten deshalb für ein kommunalpolitisches Engagement für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit in allen Beschäftigungsverhältnissen ein und fordern eine Frauenquote für alle politischen Gremien unserer Stadt.

Das Frauenhaus und die bereits bestehenden Beratungs- und Informationshilfen für Frauen müssen unter allen Umständen erhalten bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig die Finanzierung von Schutz und Hilfe im Frauenhaus einzelfallunabhängig gewährleistet wird.

Die jetzige Tagessatzfinanzierung aller Frauenhäuser macht Gewalt gegen Frauen zum individuellen Problem der einzelnen Frau. Wir setzen uns für ein Finanzierungsmodell ein, dass bürokratische Hürden senkt und auch Frauen ohne Leistungsanspruch Schutz gewähren muss. Nicht die Finanzierungsfrage, sondern die Hilfe steht im Vordergrund.

- Alleinerziehenden Frauen bedürfen der besonderen Hilfe und Unterstützung.

## **8. Gesundheit für alle und gute Pflege im Alter - Inklusion mit Leben erfüllen**

Gute Gesundheitspolitik in Hamm muss alle Dienste von A wie AIDS Hilfe bis Z wie zahnärztlicher Dienst einschließen.

Diese Dienste müssen für alle Menschen vorgehalten werden. Weil wir allen Kindern, Frauen und Männern – egal, welcher Herkunft und in welcher Lebenslage - als Träger der Menschenwürde sehen, muss dabei auch an die Ärmsten der Armen gedacht werden. Deshalb regen wir die Schaffung einer niederschwelligen „Armensprechstube“ an, wie sie schon erfolgreich in anderen Städten vorgehalten wird. Hier sollen Nicht-Krankenversicherte, obdachlose Menschen sowie sogenannte „Illegale“ die Möglichkeit haben, sich kostenlos medizinisch beraten und behandeln zu lassen.

In der Pflege lassen wir uns von dem Grundsatz leiten: so lange dies gewünscht und geleistet werden kann, sollte die Pflege im bisher gewohnten Lebensumfeld erfolgen. Sollte dies nicht oder nicht mehr möglich sein, kommen stationäre Hilfsangebote in Frage. Hier achten wir schon bei der Ausschreibung und Vergabe darauf, dass diese Einrichtungen die erforderlichen Standards einhalten. Es dürfen nur Anbieter zum Tragen kommen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tariflich und auskömmlich bezahlen.

- Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen im Behindertenfahrdienst.
- Wir sind für weitere Mehrgenerationshäuser in allen Stadtteilen.

Inklusion bedeutet für uns, im Vorhinein immer und überall die nötigen Erfordernisse der Teilhabe für Menschen mit Behinderungen mitzubedenken. Hier sind wir dafür, dass der Behindertenbeirat ein Vetorecht erhält, wenn dieses Prinzip verletzt wird. Barrierefreiheit ist voranzutreiben.

Wir streben besonders an, dass alle Bildungs- und Erziehungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wie z B. KITAS und Schulen, so ausgestattet werden, dass alle Kinder und Jugendliche mit Behinderungen keine Nachteile haben. Eine vorschnelle Schließung der Förderschulen lehnen wir ab. Den Elternwillen akzeptieren wir.

## **9. Gutes Wohnen – bezahlbare Mieten**

Eine gute und sichere Wohnung, die den heutigen Anforderungen genügt und bezahlbar ist, gehört zu einem menschenwürdigen Leben. Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf. Das Recht auf Wohnen schließt das Recht auf eine gesunde Wohnumwelt, auf ein soziales Umfeld und Zugang zu öffentlichen Einrichtungen ein. Deshalb gehören für uns eine soziale Wohnungs- und Stadtteilpolitik unverzichtbar zusammen.

Wir setzen uns für folgende Ziele ein:

- Der soziale Wohnungsbau muss ausgebaut werden.
- Die Berücksichtigung aller Belange für Menschen mit Behinderung.
- Die Einführung einer Zweckentfremdungssatzung durch den Rat der Stadt.

## **10. Eine soziale Stadt braucht starke Finanzen**

In der Gemeindeordnung für NRW heißt es: „Die Gemeinden sind die Grundlage des demokratischen Staatsaufbaus. Sie fördern das Wohl der Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe“.

Wir erleben, dass dieser Auftrag nicht mehr der Wirklichkeit entspricht. Freie Selbstbestimmung vor Ort ist dem Diktat der „Sachzwänge“ gewichen. Die Stadt Hamm ist wie alle anderen Städte hoch verschuldet. Dies ist auch Folge der Tatsache, dass es die Städte und Gemeinden sind, die die finanziellen Folgen der nun jahrzehntelang anhaltenden hohen Arbeitslosigkeit zu tragen haben. Dafür haben sie bei vielen Banken Kredite aufgenommen.

Bund und Länder stehlen sich aus der Verantwortung oder geben Steuergelder u. a. für Rüstungsprodukte oder weltweiter Militäreinsätze aus. Mehr noch: EU – Abkommen und internationale Verträge begünstigen die Konzerne. So werden dringend erforderliche Mittel für die Stärkung von Kindern, Sanierung von Schulen sowie kulturelle Initiativen vor Ort verhindert. Immer dann, wenn „Sachzwänge“ oder „Dafür ist kein Geld da“ angeführt werden, machen wir auf darauf aufmerksam, dass in unserem Land Geld genug da ist, es ist nur falsch verteilt: die Reichen werden noch reicher, die Armen immer ärmer.

Wir treten für eine grundsätzliche Umkehr dieser Politik ein. Deshalb sind wir für eine bundesweit erhobene Millionärs- und Erbschaftssteuer, die den Kommunen für ihre unverzichtbaren Aufgaben zufließen soll.

Wir sind für ein Schuldenmoratorium, d. h. den Stopp der Rückzahlungen an die Banken: Zuerst die Menschen und nicht die Banken.

Auch mögliche Verbesserungen der Finanzlage in Hamm sollten genutzt werden. Deshalb treten wir für eine Erhöhung der Gewerbesteuer ein.

Demokratie vor Ort heißt auch, dass die Menschen nicht nur bei Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen, sondern ständig an für sie wichtige Entscheidungen teilhaben müssen. Wir treten deshalb für die Senkung der Hürden bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen ein.

Hammer Bürgerinnen und Bürger müssen auch vor den Sitzungen des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen stärker Gehör finden. Die bisher praktizierte „Einwohnerfragestunde“ ist antiquiert und beschränkt sich auf das Recht, drei Fragen stellen zu dürfen. Hier müssen die Menschen mehr Rechte haben, ihre Vorschläge, Anregungen und Kritik einzubringen und sich auch „Luft verschaffen“ zu können.

Die Politik in Hamm wird auch in den Bezirksvertretungen mitbeschlossen. Hier sind die parlamentarischen Vertreter der Parteien näher an den Menschen als in anderen Gremien. In der Vergangenheit ist immer wieder eine Verringerung der Anzahl von Bezirksvertretungen – aus finanziellen „Sachzwang“-Gründen vorgeschlagen worden. Dies lehnen wir ab. Auch in Zukunft muss es möglich sein, dass die Menschen in Hamm-Mitte, Bockum-Hövel, Heessen, Herringen, Pelkum, Uentrop und Rhynern sich direkt und auf kürzestem Weg an die Politiker wenden und ihnen „auf die Finger schauen“ können.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Privatisierungen von kommunalem Eigentum der falsche Weg sind. Solchen Vorschlägen werden wir auch weiterhin entschieden entgegentreten.

Wir wissen, dass ein Programm für die Kommunalwahl niemals den Anspruch auf Vollständigkeit erfüllen kann. Daher nehmen wir gerne Anregungen, Kritik, Verbesserungsvorschläge und Widerspruch auf.

Sie wollen politisch aktiv werden? Wir laden Sie zur Mitarbeit ein – nicht nur in Zeiten des Wahlkampfes!

## **Eintrittserklärung**

Hiermit erkläre ich,

Name, Vorname

Straße, Hausnummer, PLZ, Ort

meinen Eintritt in die Partei DIE LINKE, Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL).

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen des Programms der Partei DIE LINKE, erkenne die Bundessatzung an und bin nicht Mitglied einer anderen Partei im Sinne des Parteiengesetzes.

### **Weitere Angaben zu meiner Person**

Geburtsdatum

Beruf

Telefonnummer

E-Mail-Adresse

Warst du früher bereits Mitglied einer Partei im Sinne des Parteiengesetzes? Wenn ja, in welcher?

## **Einzugsermächtigung**

Ich ermächtige die Partei DIE LINKE meinen monatlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_ Euro und meinen Jahresmitgliedsbeitrag für die Partei der Europäischen Linken (EL) jeweils im Monat Mai in Höhe von \_\_\_\_ Euro (Mindestbetrag 6 Euro) von unten stehendem Konto abzubuchen.

*Kontonummer* \_\_\_\_\_

*Bankleitzahl* \_\_\_\_\_

*Name und Ort des Geldinstituts* \_\_\_\_\_

*Name und Unterschrift des Kontoinhabers/der Kontoinhaberin (wenn abweichend vom Mitglied)* \_\_\_\_\_

Die Angaben dienen der Nachweisführung und der statistischen Auswertung der Mitgliederentwicklung sowie der Verbesserung der Kommunikation. Sie werden im Parteivorstand, den Landesverbänden und in den Gliederungen der Partei DIE LINKE entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt und aufbewahrt.

*Ort und Datum* \_\_\_\_\_

*Unterschrift* \_\_\_\_\_

Ausfüllen, unterschreiben und einsenden an: DIE LINKE, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



**DIE LINKE.**

***Konsequent sozial***

V.i.S.d.P.:

Marion Josten  
Sprecherin DIE LINKE. Kreisverband Hamm

Alisan Sengül  
Sprecher DIE LINKE. Kreisverband Hamm

Kontaktdaten:

DIE LINKE.  
Kreisverband Hamm  
Oststr. 48  
59065 Hamm  
fon 02381 997 66 84  
fax 02381 997 66 83

[info@dielinke-hamm.de](mailto:info@dielinke-hamm.de)  
[www.dielinke-hamm.de](http://www.dielinke-hamm.de)